

Dienstag, 28. Juni 1977

Blatt 1629

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat

Lokal: Beginn der Fahrten ins Grüne
(orange) Großes Goldenes Ehrenzeichen für Karl Czernetz
Sommerbetrieb in den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

beginn der fahrten ins gruene

1 wien, 28.6. (rk) kommenden freitag, den 1. juli startet die stadt wien die bereits in den vergangenen jahren erfolgreich durchgefuehrte aktion "fahrt ins gruene". auch heuer wird wieder ein autobusdienst den betagten bewohnern der gruenflaechenarmen bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 die moeglichkeit bieten, im juli und august erholungsgebiete am stadtrand aufzusuchen.

die autobusse werden montag bis freitag taeglich jeweils von 13.30 uhr von den einzelnen bezirkssozialreferaten abfahren. ausflugsziele sind erholungsstaetten im umkreis von 30 kilometer rund um wien, wie zum beispiel der lainzer tiergarten, laxenburg, heiligenkreuz, hintersdorf usw.

pensionisten und dauersozialhilfebezieher der genannten bezirke, die sich fuer diese fahrten ins gruene interessieren, erhalten teilnehmerkarten im sozialreferat ihres wohnbezirkes.

die abfahrtsstellen befinden sich im 1. bezirk ecke wipplingerstrasse/schwertgasse, im 4. bezirk favoritenstrasse 18, im 5. bezirk schoenbrunner strasse 54, im 6. bezirk amerlingstrasse 11, im 7. bezirk hermanngasse 24, im 8. bezirk schlesingerplatz 4 und im 9. bezirk waehringer strasse 43. (zi)

0925

grosses goldenes ehrenzeichen fuer karl czernetz

3 wien, 28.6. (rk) die wiener landesregierung beschloss diensttag auf antrag von stadtrat peter s c h i e d e r eine hohe auszeichnung fuer den praesidenten des europarats und abgeordneten zum nationalrat karl c z e r n e t z . er erhaelt fuer seine verdienste um das land wien das grosse goldene ehrenzeichen. (pr)

0945

L o k a l :

=====

sommerbetrieb in den kinder- und jugendpsychologischen beratungsstellen

2 wien, 28.6. (rk) um den eltern die moeglichkeit zu geben, auch waehrend der sommermonate die kinder- und jugendpsychologischen beratungsstellen in anspruch zu nehmen, bleiben die tagesberatungen auch waehrend der sommermonate durchgehend geoeffnet. bei den in den abendstunden geoeffneten beratungsstellen ergeben sich waehrend der sommermonate folgende einschraenkungen:

die beratungsstellen

2, karmelitergasse 9,

9, sobieskigasse 30,

16, ottakringer strasse 217 und

21, floridsdorfer hauptstrasse 12

sind in den monaten juli und august geschlossen.

die beratungsstellen

3, baumgasse 12 und

14, linzer strasse 251

sind im august geschlossen.

die beratungsstelle

21, kuerschnergasse 9

ist in der zeit vom 15. juli bis 15. august geschlossen.

die beratungsstelle

10, puchsbaumgasse 30

steht den ratsuchenden sowohl im juli als auch im august voll zur verfuegung.

ebenso kann die telefonische erziehungsauskunft (63 35 33 montag bis freitag 8 bis 11 uhr) durchlaufend in anspruch genommen werden.

(red)

0927

k o m m u n a l :

=====

wiener Landtag

4 wien, 28.6. (rk) unter dem vorsitz seiner praesidentin maria h l a w k a (spoe) trat dienstag der wiener Landtag zu einer sitzung zusammen. a n t r a g e der oevp, betreffend die novel-lierung des wiener sozialhilfegesetzes zum zwecke der erweiterten hilfe fuer alleinstehende muetter von unversorgten kindern, be-treffend die detailregelung fuer die beschaffenheit und ausstattung von kinderspielplaetzen im wege einer verordnung sowie die vorlage eines personalvertretungsgesetzes der bundeshauptstadt wien sowie ein antrag der spoe, betreffend die neufassung des wiener klein-gartengesetzes wurden zugewiesen.

ausserdem lag dem Landtag eine a n f r a g e der fpoe be-treffend erledigung eines antrages auf novellierung des wiener be-zuegegesetzes vor.

Landwirtschaftskammergesetz

stadtrat s c h i e d e r (spoe) referierte die vorlage des gesetzes, mit dem das wiener Landwirtschaftskammergesetz geaendert wird. abg. j e d l e t z b e r g e r (oevp) gab seiner verwunderung ueber einen abaenderungsantrag auf herabsetzung der zahl der zur einbringung eines wahlvorschlages notwendigen unterschriften von 30 auf 15, der knapp vor der letzten ausschussitzung eingebracht worden sei ausdruck. dadurch wuerden splittergruppen und einzelgaenger unterstuetzt. jedletzberger verlangte eine getrennte abstimmung ueber die gesetzesvorlage und ueber den abaenderungsantrag.

abg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass die initiative zu dem abaenderungsantrag von ihm ausgegangen sei. es gehe dabei keineswegs darum, einer politischen gruppe einen gefallen zu erweisen, sondern ausschliesslich darum, eine regelung zu treffen, die mit der erkenntnis des verfassungsgerichtshofes aus dem jahre 1976 konform geht. der verfassungsgerichtshof nannte ein viertel der fuer ein mandat notwendigen stimmenzahl als aeusserste grenze fuer

die zahl der unterstuetzungsunterschriften fuer einen wahlvorschlag. dieser richtlinie werde mit der herabsetzung der unterschritzenzahl von 30 auf 15 entsprechen.

stadtrat schieder (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass die nunmehrige der erkenntnis des verfassungsgerichtshofes konforme herabsetzung der unterschritzenzahl keine vollkommen neuartige praxis sei. schon 1973 sei die unterschritzenzahl entsprechend den sinkenden mitglieder- und wahlberechtigtenzahlen von 50 auf 30 herabgesetzt worden, diese entwicklung finde nunmehr ihre logische fortsetzung. im uebrigen waere es nicht gut fuer die demokratie, wahlwerbende gruppen durch unterschritzen auszuschliessen, statt die entscheidung den waehlern zu ueberlassen.

a b s t i m m u n g : die gesetzesvorlage wurde einstimmig, der abaenderungsantrag mit den stimmen der spoe und fpoe angenommen.
(ger) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1):

debatte bauten

5 wien, 28.6. (rk) unter dem vorsitz von buergermeister g r a t z wurde dienstag die sitzung des gemeinderats mit der beratung des rechnungsabschlusses fuer die geschaeftsgruppe bauten fortgesetzt.

als erster debattenredner kritisierte gr. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe) die freihaendige vergabe des neubaues der floridsdorfer bruecke an die stahl-arge zu kosten von 513 millionen schilling. der gemeinderat hat damals, am 25. april 1977, den bericht dazu glaebig hinnehmen muessen, weil ihm keine vergleichsmoeglichkeiten zur verfuegung standen. solche vergleichsmoeglichkeiten gibt es erst seit dem wettbewerb fuer die neue reichsbruecke: das preisgekroente projekt wird 563 millionen kosten. sie wird aber im gegensatz zur floridsdorfer bruecke sechs fahrbahnen und einen u-bahn-kasten aufweisen. die gemeinde wien ist also beim preis fuer die floridsdorfer bruecke offenbar hineingelegt worden. sie wird, vergleicht man die zur verfuegung stehenden verkehrsflaechen, doppelt so viel wie die reichsbruecke kosten. der grund fuer diesen "leger" ist offenbar, dass das angebot der stahlfirmen von den zustaendigen magistratsabteilungen und vom architektenbuero pauser nicht exakt geprueft worden ist. ein weiteres aktuelles problem: auf der nordbruecke werden im sommer ausbesserungen am fahrbahnbelag und an den dilatationen gemacht werden. ein sicheres verkehrschaoes ist ab mitte juli zu erwarten. die starke reparaturanfaelligkeit der nordbruecke ist mit normaler abnuetzung - auch durch spikereifen - nicht zu erklaren. die anderen ursachen koennen schlampige bisherige reparaturen sein oder in den trennfugen liegen. dr. hirn-schall verlangt vom zustaendigen stadtrat eine einwandfreie technische ueberpruefung der ursachen fuer die hohe reparaturanfaelligkeit. (smo)

die ungenuegende dotierung des strassenbaues kritisierte gr. h o f f m a n n (oevp). obwohl die einnahmen in diesem ressert

von sieben auf 11,5 millionen gestiegen sind, kam nicht einmal diese verbesserung zum tragen: fuer den strassenbau wurde 1976 bloss um 863.000 schilling mehr ausgegeben als geplant. das ist bedauerlich, wenn man bedenkt, dass 92 prozent der besucher wiens auf der strasse nach wien hereinkommen und ein ende der motorisierung ebenfalls noch nicht abzusehen ist.

die oevp erkennt an, dass hoehere gewalt ausloesendes moment fuer den einsturz der reichsbruecke gewesen ist. die ursachen liegen aber weiter zurueck und sind in fahrllaessigkeit und schlamperei zu suchen. die fertigstellung der floridsdorfer bruecke wird kein grund zum jubel sein, denn damit wird der alte zustand nur wieder hergestellt.

an der fussgaengerzone stephansplatz - graben sollte nicht gespart werden. betonplatten sind zwar billiger als natursteinplatten, natursteinplatten wuerden aber viel besser auf diesen traditionsreichen wiener platz passen. hoffmann sprach sich weiter fuer das aufstellen von altstadtleuchten aus. die verkehrsarme zone meidlinger hauptstrasse sollte bis zur inbetriebnahme der u-bahn-linie 6 aufgeschoben werden. da in diesem gebiet neben der meidlinger hauptstrasse keine parallel liegenden leistungsfahigen strassen vorhanden sind, quaelt sich der verkehr derzeit durch die engen seitengassen. fuer die anrainer bedeutet das laerm, und den besuchern der meidlinger hauptstrasse wird das einkaufen dort verleidet. sie weichen nach niederoesterreich aus, und das ist sicherlich nicht im interesse der wiener wirtschaft. (sei) (forts.)

1105

gemeinderat (2):

debatte bauten (forts)

8 wien, 29.6. (rk) die bereits bekannten ziffern des rechnungsabschlusses legen zeugnis ab von einer erfolgreichen sozialistischen wirtschaftspolitik, was bei richtiger interpretation auch von der oevp bestaetigt werden muesste, stellte gr. r a u t n e r (spoe) fest. die antizyklischen massnahmen, gegen den willen der opposition durchgesetzt, haben maassgeblich zum oesterreichischen wirtschaftswunder beigetragen. das wirtschaftswachstum habe nicht wie prophezeit 1 bis 2 prozent betragen, sondern sei auf 5,2 prozent gestiegen.

damit liege oesterreich trotz weltweiter rezession an der spitze des weltwirtschaftswachstums.

schrittmacher und motor dieser erfreulichen entwicklung sei die bundeshauptstadt wien mit einem hoechststand an beschaeftigten. diese feststellungen untermauerte rautner mit einer reihe von ziffern.

wenn die oevp ihre sorge ueber drohende konkurse zum ausdruck bringe, so habe die spoe diese sorge geteilt und auf initiative des oesterreichischen gewerkschaftsbundes das insolvenz-entgeltsicherungsgesetz beschlossen, das verhindert, dass die arbeiter in zukunft um ihren verdienten lohn gebracht werden koennen.

die spoe trage weiter sorge um die betriebe in der bauwirtschaft. seit 1973 habe sich die struktur des baugewerbes nur geringfuegig veraendert, derzeit gaebe es 3.219 baubetriebe, davon 15 grossbetriebe mit ueber 1.000 angestellten. um bei gleichbleibender struktur alle baubetriebe ausreichend mit auftraegen zu versorgen, muesste die stadt wien in zukunft ihr gesamtes budget einsetzen. bei dieser struktur sei es auch verstaendlich, dass die oevp ein gestoertes verhaeltnis zu ihren wirtschaftsbetrieben habe.

zum vieldiskutierten brueckenbau sei folgendes richtigzustellen: die fpoe-fraktion habe kritik an der freihaendigen vergabe und der verteuerung der floridsdorfer bruecke geuebt. ein bekanntes konstruktionsbuero habe nun ausgerechnet, dass die reichsbruecke und die floridsdorfer bruecke, beide ausgefuehrt aus stahl, denselben quadratmeterpreis von 16.100 schilling betragen wuerden. bei der floridsdorfer bruecke kaemen lediglich fixpreiskosten und forderungskosten in der hoehe von 50 millionen hinzu.

der rechnungsabschluss 1976 sei der ausdruck einer positiven wirtschaft in wien. wenn die oevp ihre politik der verneinung nicht um jeden preis fortfuehren wolle, muesste sie dieses ergebnis auf jeden fall bestaetigen. statt dessen verschanze sich die opposition hinter einer politik, die selbst in einem ihr nahestehenden medium als "luftig und leicht" bezeichnet wurde. die aufgabe der spoe werde es jedenfalls auch in zukunft sein, das erreichte abzusichern und fuer den wirtschaftlichen und sozialen fortschritt zu sorgen.

(ba)

gr. dr. m a c h e r (oevp) kritisierte, dass der grundsatz der haushaltsordnung, dass die oeffentliche ausschreibung die einzig zu-laessige art der vergabe sei, staendig mit unzureichenden begruendungen verletzt werde. die bedeutung der oeffentlichen ausschreibung liege nicht nur in der ausschaltung persoenlicher beguenstigungen, sondern vor allem auch in der ausschloepfung der volkswirtschaftlichen kapazitaet.

beim bau der per albin hansson-siedlung ost - zentrum habe es zum beispiel keine oeffentliche ausschreibung gegeben, weil eine politische weisung vorgelegen sei, dass fassade und rohbau zum zeitpunkt der eroeffnung der wig 74 fertiggestellt sein muessen. dies sei ein geradezu klassischer fall, bei dem eine ausnahme von der oeffentlichen vorschreibung nicht berechtigt gewesen waere. auch beim u-bahn-bauabschnitt stephansplatz-nestroyplatz sei eine oeffentliche ausschreibung mit unbefriedigender begruendung unterlassen worden. der grund sei in diesem fall darin gelegen, dass die generelle planung nicht zeitgerecht fertig geworden sei.

bei der ma 24 sei es vorgekommen, dass der zweitbieter nach gewaehrung eines preisnachlasses und nachdem dem bestbieter unmoegliche auflagen gemacht worden waren, vorgezogen wurde, obwohl verhandlungen ueber preisnachlaesse waehrend des vergabeverfahrens der ee-norm und den dienstabweisungen widersprechen. (ger) (forts)

1233

gemeinderat (3):

debatte bauten (forts)

9 wien, 28.6. (rk) unsachliche feststellungen in der oeffentlichkeit ueber die bauleistungen der stadt wien sollte sachliche berichte im gemeinderat gegenuebergestellt werden, erklaerte gr. h o l u b a r z (spoe). seit der neuen geschaeftseinteilung vor neun monaten ist es der geschaeftsgruppe bauten gelungen, zusaetzliche finanzmittel zu erhalten und wichtige nutzbauten zu sanieren. es wurden wichtige schulbauten fertiggestellt und laufende bauliche herstellungen an gebaeuden des kultur- und volksbildungswesens gemacht. weitere fortschritte wurden bei der fortfuehrung des baederprogramms erreicht. mit neuen baedern in atzgersdorf, simmering und doebing wird begonnen. adaptierungen

und erhaltungsarbeiten wurden in den verschiedensten bereichen gemacht: von sportanlagen bis zum schlachthof st. marx, von der lebensmitteluntersuchungsanstalt bis zu saemtlichen landwirtschaftsbetrieben. aber auch im rathaus selbst und in zahlreichen anderen amtshaeusern mussten wichtige arbeiten vorgenommen werden, unter anderen wurden im amtshaus simmering aerztepraxen eingerichtet.

ein wichtiger bereich ist die instandhaltung des strassen-netzes: 1976 waren 2.603 kilometer oeffentliche strassen, darunter 140 kilometer bundesstrassen und 19 kilometer autobahnen zu verwalten. daven mussten 460.000 quadratmeter instandgesetzt und 323.000 quadratmeter neu hergestellt werden. darueber hinaus wurden 16.000 quadratmeter autostellplaetze saniert und 39.000 quadratmeter neu hergestellt. an gehsteigen wurden 86.000 quadratmeter repariert und 55.000 quadratmeter neu gebaut.

fuer bauarbeiten auf oeffentlichen flaechen wurden insgesamt 16.696 baubewilligungen erteilt. stadtrat boeck hat sich in diesem zusammenhang im interesse der bevoelkerung um eine rasche abwicklung bemueht und angeordnet, dass in der verkehrssamen zeit auch am wochenende gearbeitet wird.

im zuge der aufschliessung von betriebsbaugebieten waren ebenfalls umfangreiche arbeiten notwendig. die wibag hat 1976 rund 1,7 millionen quadratmeter - das ist mehr als die flaeche des 7. bezirkes - an 148 betriebe vergeben. dafuer wurden 5,5 milliarden investiert. auf diese weise konnten 17.000 neue arbeitsplaetze, vorwiegend in liesing, favoriten, und simmering geschaffen werden.

beim hochwasserschutz wurde die dammverstaerkung auf 6,5 kilometer verlaengert. weitere 10 hektar hochwasserfreie inselflaeche wurden 1976 begruent, so dass bereits insgesamt 35 hektar erhologungsflaeche den wienern zur verfuegung stehen.

insgesamt sind durch die bauarbeiten viele milliarden in die wiener wirtschaft geflossen und haben zur wirtschaftlichen stabilitaet und zur vollbeschaeftigung beigetragen. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (4):

debatte bauten (schluss)

10 wien, 28.6. (rk) eine 100prozentige auslastung der bauwirtschaft wird es nie geben, erklarte str. boeck (spoe). die firmen haben sich so mit maschinen ausgeruestet, dass 70 prozent auslastung bereits fuer voll gelten kann. fuer die derzeit gute auslastung der betriebe spricht auch, dass bei manchen ausschreibungen kein offert oder nur ein oder zwei offerte abgegeben werden. dies macht oft eine zweite ausschreibung notwendig.

der grundsatz, den billigstbieter, der anstaendig kalkuliert hat, zum zuge kommen zu lassen, gilt nach wie vor. oft faellt aber der billigstbieter bei einer ernsthaften pruefung weit zurueck.

ein preisvergleich zwischen floridsdorfer bruecke und reichsbruecke ist derzeit noch nicht moeglich. zunaechst muss betont werden, dass die billigste stahlbruecke im reichsbruecken-wettbewerb ueber 100 millionen ueber dem preis der floridsdorfer bruecke lag. dazu kommt, dass die floridsdorfer bruecke mit einem fixpreis und einem festgelegten termin abgeschlossen wurde. bei der reichsbruecke handelt es sich nicht um einen fixpreis und bei einer wahrscheinlichen bauzeit von 36 monaten wird der jetzt genannte preis sicherlich korrigiert werden muessen.

in der naechsten zeit sind bei der nordbruecke, der praterbruecke und der schwedenbruecke ausbesserungsarbeiten notwendig. man hat dafuer die verkehrsaermste zeit gewaehlt. so ergeben untersuchungen, dass in der ferienzeit um ein drittel weniger fahrzeuge unterwegs sind. bei der nordbruecke und der praterbruecke wird es zu keiner vollen sperre kommen, die schwedenbruecke wird an drei wochenenden gesperrt werden. fuer die philadelphiabruecke wurde in verhandlungen mit dem bund eine loesung gefunden, die einen raschen baubeginn moeglich macht: 60 prozent der kosten wird die stadt wien, 40 prozent der bund tragen.

abschliessend gab boeck bekannt, welche bruecken im vorjahr nach einer hauptuntersuchung aufgrund von dringlichkeitslisten in ordnung befunden wurden. aus der dringlichkeitsliste 1 waren das: die

./.

radetzkybruecke, die stubenbruecke, die neubachbruecke, reichsbruecke-dammbbruecke, kaisermuehlenbruecke, ostbahnbruecke, reitschulsteg, steg ueber die siemensstrasse. aus der liste 2 wurde die marienbruecke ueberprueft und ausserhalb der dringlichkeitslisten wurden noch die bruecke ueber den erbsenbach, der zollamtssteg und drei stege ueber die liesing in ordnung gebracht. (sei) (forts)
1326

gemeinderat (5):

debatte staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz

11 wien, 28.6. (rk) der rechnungsabschluss 1976 beweise, dass die fpoe mit ihren argumenten gegen die wassergebuehrenordnung 1976 mit der 10prozentigen kostenerhoehung recht behalten habe, stellte gr. k r e n n (fpoe) zum kapitel "staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz" fest. seine fraktion habe sich zum kostendeckungsprinzip bekannt, der rechnungsabschluss zeige, dass die wasserwerke auf grund der gebuehrenerhoehung einen ueberschuss von 30 millionen erzielt haben. weiter bemaengelte gr. krenn die unzuellaengliche ausstattung der ma 48 (stadtreinigung und fuhrpark) mit kehr- und waschmaschinen, wodurch sich die strassenreinigung entweder verteure oder nur unzureichend durchgefuehrt werden koenne. durch aufstellung von grosscontainern sollte die entstehung wilder deponien verhindert werden.

im rahmen dieser geschaeftsgruppe gaebe es eine reihe von abteilungen, die eine starke diskrepanz zwischen veranschlagten budgetansatz und den tatsaechlichen einnahmen aufweisen. fuer die friedhoeefe seien beispielsweise 118 millionen veranschlagt und tatsaechlich 131 millionen eingenommen worden.

beim voranschlag fuer das marktamt sei die von der fpoe als unwirtschaftlich abgelehnte mietvorauszahlung fuer die ekazent fuer das landstrasser zentrum verborgen.

bei den abschleppaktionen der ma 48 sollte der eindruck vermieden werden, dass durch zu hohe abschleppkosten ein geschaeft fuer die stadt wien erzielt werde.

die fpoe-fraktion werde dem kontrollamtsbericht zustimmen, dem rechnungsabschluss aber ihre zustimmung verweigern. (ba) (forts)

1330

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (6):

debatte staedttische dienstleistungen und konsumentenschutz (forts)

12 wien, 28.6. (rk) gr. dipl. ing. ddr. s t r u n z (oevp) stellte fest, dass das wasserwerk nussdorf zweimal auf laengere zeit wegen erhoehter konzentration organischer schadstoffe gesperrt werden musste. eine neuerliche sperre wuerde sicherlich wassersparmassnahmen notwendig machen. deshalb sollte noch einmal eine genaue ueberpruefung der aufbereitungsmethoden vorgenommen werden. strunz stellte den a n t r a g , neben ozon auch wasserstoffsperoxyd fuer die aufbereitung zu erproben. da es notwendig sei, auch die schwermetallkonzentrationen in der donau zu ueberwachen, brachte strunz ausserdem einen a n t r a g ein, ein geeignetes geraet dafuer anzuschaffen.

strunz verlieh seinem befremden darueber ausdruck, dass die grundwasserwerke prager strasse und wasserpark wegen der arbeiten fuer die a 22 voraussichtlich fuer immer gesperrt werden sollen. nach wie vor gebe es in wien 30.000 senkgruben, die eine latente gefahr fuer das grundwasser bilden. mit dem informationsbudget haette man einen teil dieser senkgruben durch kanalisation ersetzen koennen.

seit dem beginn der bauarbeiten an der hauptklaeranlage sei eine vervielfachung der kosten eingetreten, juengste schaezungen lauten auf drei milliarden. zwei gutachten ueber den bau der hauptklaeranlage seien in auftrag gegeben worden. strunz stellte den a n t r a g , die ergebnisse dieser gutachten dem gemeinderat und dem kontrollamt, das eine sonderueberpruefung vornehmen sollte, vorzulegen.

gr. johanna d o h n a l (spoe) bezeichnete den konsumentenschutz als eine der grossen politischen fragen unserer zeit. seit 1970 seien zahlreiche wichtige bundesgesetze auf diesem gebiet - so das lebensmittelgesetz - verabschiedet worden. die arbeit des in wien fuer den konsumentenschutz zustaendigen ausschusses wurde mit der vorbereitung einer enquete ueber den konsumentenschutz eingeleitet. mit dieser erfolgreichen enquete sei eine gemeinsame basis mit produzenten und haendlern geschaffen worden.

1976 verzeichnete die lebensmittelpolizei 48.000 revisionen, aufgrund des lebensmittelgesetzes wurden 18.000 proben entnommen. die meisten beanstandungen ergaben sich bei fleisch- und wurstwaren.

der schutz der konsumenten muesse sich auf beratung, begutachtung, information und anwendung der gesetzlichen moeglichkeiten erstrecken. dohnal warf der oevp vor, sie trete fuer die reprivatisierung solcher unternehmungen ein, bei denen mit einem profit zu rechnen sei, waehrend die dienstleistungen, die keine gewinne abwerfen, weiterhin von der gemeinde erbracht werden sollen. zugleich werfe die oevp der gemeinde scheinbare defizite, die sich aus diesen dienstleistungen ergeben, vor. (ger)

gegen die polemik seiner vorrednerin, die oevp sei eine reprivatisierer-partei, wenn es darum gehe, privaten einen profit zuzuschancen, wandte sich gr. dr. g l a t z l (oevp). wenn einmal, etwa unter lueger betriebe kommunalisiert und spaeter privatisiert wurden, so haengt das mit geaenderten verhaeltnissen zusammen. stur gegen jede privatisierung zu sein, sei erzkonservativ. grundsaeztlich sollen kommunale betriebe im interesse der allgemeinheit dann gefuehrt werden, wenn private unternehmer dazu nicht in der lage sind.

wenn nun die neue geschaeftsgruppe als epochemachend im bezug auf konsumentenschutz dargestellt wird, so wird im wesentlichen ein schoener name fuer aufgaben verwendet, die eine stadt seit jeher wahrzunehmen hat, naemlich ueberwachung der maerkte und der versorgung.

zu einigen fragen der lebensmittelueberwachung und des markt-wesens: der prozentsatz der beanstandeten lebensmittelproben ist deshalb so hoch, weil die beamten eben nur dann proben entnehmen, wenn die ware verdaechtig ist. wenn fuer die neue lebensmitteluntersuchungsanstalt eine zweite baurate von 7,7 millionen eingesetzt wurde, so ist es hoechste zeit, dass diese einrichtung neuen raum bekommt. zur muellabfuhr auf den maerkten hat das kontrollamt festgestellt, dass es zweckmaessig waere, diese privaten firmen zu uebergeben. in vielen gemeinden wird die muellabfuhr bereits von privaten durchgefuehrt.

eine umfangreiche arbeit bieten die 28 fixen und 4 temporaeren maerkte, zu denen noch der flohmarkt kommt, der nun auf den naschmarkt uebersiedeln wird. es ist guenstig, wenn dort der flohmarkt den augen des marktamtes naeher ist. bezueglich maerkte kommen von den bezirksvertretungen eine menge anregungen - wie schaffung von mehr kurzparkzonen und erweiterung der sogenannten landparteiemaerkte. eine genaue ueberpruefung dieser bauernmaerkte ist sicher

notwendig, weil dort keine gewerblichen haendler ihre waren feilbieten. die schwierigkeiten mit den lohnschlaechtern in st. marx, wo es vorbildliche einrichtungen gibt, konnten mit einem kompromiss geloest werden.

abschliessend warnte der redner davor, den konsumentenschutz weiter auszudehnen, als es die klassischen mittel der marktueberwachung und des veterinaerwesens sind. es besteht die gefahr, dass viele kleine unternehmer unter die raeder von immer mehr gesetzen geraten. man sollte damit im zusammenhang mit klischees vom profitgierigen unternehmer und einfaeltigen konsumenten abbauen. es gilt, den informierten konsumenten zu schaffen, aber auch den informierten produzenten und unternehmer. die behoerde sollte nur das machen, was der einzelne nicht vollbringen kann. (smo) (forts)

1409

gemeinderat (7):

debatte staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz (schluss)

13 wien, 28.6. (rk) die baeder sind ein schlechtes beispiel fuer eine reprivatisierung, erklaerte gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe). die kostendeckung der staedtischen baeder betraegt derzeit 36 prozent, und die stadt steckt laufend geld in neue projekte. private wuerden das nicht leisten koennen. die reprivatisierung von bereits im besitz der stadt wien stehenden einrichtungen, die fuer die allgemeinheit wichtig sind, ist abzulehnen. sinnvoller waere eine diskussion, wie man die betriebe effizienter fuehren und wie man die konsumenten staerker einbinden koennte.

die in der vergangenheit aufgestellten prognosen, wien steuere einer wasserkrise zu, erwiesen sich als falsch. die versorgung mit wasser verlaeuft klaglos. so konnte der spitzenverbrauch am 13. juni dieses jahres ohne schwierigkeiten und ohne dass es die wiener merkten, bewaeltigt werden.

im jahre 1976 wurde im durchschnitt gleich viel wasser verbraucht als im jahr 1966. ursache dafuer sind der sparsamere umgang der grossverbraucher mit dem wasser und die systematische beseitigung von undichtheiten im wassernetz. in den haushalten wird allerdings mehr wasser als frueher verbraucht.

abschliessend meinte aigner, dass es nicht immer des gewinnes als triebfeder bedarf, um grossartige wirtschaftliche leistungen zu vollbringen. dies zeigen die wasserwerke, und es ist sogar dem oesterreichischen wirtschaftsbund nicht eingefallen, die wasserwerke reprivatisieren zu wollen.

konsumentenschutz betrifft jeden, da auch der produzent k o n s u m e n t ist, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). konsumentenschutz war auch immer eine aufgabe der gemeinden. neu ist nur, dass durch die reform der geschaeftseinteilung alle staedtischen einrichtungen, die sich mit konsumentenschutz befassen, zusammengefasst wurden.

die aufbringung von wasser wird jedes jahr schwieriger. nittel warnte vor dem fehlschluss, dass der sinkende wasserverbrauch der letzten jahre keine neuen und grossen investitionen notwendig mache. entscheidend ist der spitzenverbrauch, und derzeit waeren solche werte wie der des 13. juni (642.000 kubikmeter verbrauch) nicht ueber viele tage zu bewaeltigen. derzeit liegt die wassergebuehr zwar etwas ueber der kostendeckung, man muss jedoch die entwicklung ueber mehrere jahre sehen.

nittel ging dann auf das problem der hauptklaeranlage ein. es ist unzulaessig, den teil (hauptklaeranlage) mit dem ganzen (sammelkanaele, pumpwerke und hauptklaeranlage) zu verwechseln. im jahre 1969 genehmigte man fuer die hauptklaeranlage einen sachkredit in der hoehe von 535 millionen, im september 1976 schaezte man die kosten auf 876 millionen. das ganze projekt wird nach den schaezungen der abteilungen 2.900 millionen kosten. bevor nun die sehr kostenintensive technische einrichtung installiert wird, wurden zwei gutachten eingeholt. beide gutachten erklaren, dass die klaeranlage dem stand der technik entspricht und dass die dimensionierung richtig konzipiert wurde. bei den technischen einrichtungen wird es allerdings zu einsparungen kommen. noch im september wird man details bekannt geben. die hauptklaeranlage wird im sommer 1980 ihren betrieb aufnehmen, und damit wird eine sehr wichtige infrastrukturelle einrichtung fertiggestellt.

rund 15.000 anzeigen laufen pro jahr ein, um falsch geparkte autos abschleppen zu lassen. rund 7.000 werden tatsaechlich abgeschleppt. der abgeschleppte wird natuerlich nie zufrieden sein, und es kann nur darum gehen, die interessen der allgemeinheit in einem einwandfreien verfahren zu wahren.

nittel verwies abschliessend auf die neuen bezirkshallenbaeder. gestaltung, kosten und bauzeit werden im vorhinein genau festgelegt, so dass eine puenktliche und wirtschaftliche erledigung gesichert ist. (sei)

zum zweiten mal das wort ergriff gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp), um einen bericht von zivilingenieuren ueber termin und fertigstellung der hauptklaeranlage zur dikussion zu stellen. darin hiess es, die klaeranlage sollte 535 millionen kosten und innerhalb von 9 jahren fertiggestellt sein, was - so strunz - bedeute, dass sie bereits funktionsfaehig sein muesste.

darueber hinaus brachte strunz seine verwunderung darueber zum ausdruck, dass sich ein sozialistischer gemeinderat gegen die reprivatisierung ausgesprochen habe, obowhl diese von der gemeinde - siehe beispiel entsorgungsbetriebe simmering - laufend durchgefuehrt werde.

zur fertigstellung der hauptklaeranlage stellte stadtrat n i t t e l anschliessend fest, dass die betraechtliche erweiterung des projekts und die frage der schlammverwertung zu einer terminverschiebung gefuehrt haben. sei zuerst eine verfuehrung des schlammes auf die felder ins auge gefasst worden, habe man sich spaeter auf anraten von experten fuer die umweltfreundlichere methode der verbrennung entschieden. (ba) (forts)

1547

gemeinderat (8):

debatte gesundheit und soziales

14 wien, 28.6. (rk) kritik am baufortschritt des sozialmedizinischen zentrums ost uebte gr. k r e n n (fpoe). fuer das pflegeheim seien 1976 im voranschlag 65 millionen vorgesehen gewesen, tatsaechlich verbraucht wurden 9,8 millionen, was mit einem verspaeteten baubeginn begruendet wird. ausser der grundsteinlegung am 22. august 1975 habe bis jetzt beim bau des medizinischen zentrums ost noch nichts geklappt. in der presse werde der bau bereits zurecht als "dauerbrenner der wiener kommunalpolitik" bezeichnet. dabei sei gerade jenes medizinische zentrum ein schwerpunkt im finanz- und

investitionsplan 1976 gewesen, weil sich die rathauspolitiker darueber im klaren waren, dass die bevoelkerung im einzugsbereich noerdlich der donau dieses spital dringend benoetigen.

gr. krenn stellte an den amtsfuehrenden stadtrat univ.-prof. stacher die a n f r a g e , wann das pflegeheim und das krankenhauhaus im 22. bezirk nun endgueltig zur verfuegung stueden, und welche plaene und kostenschaetzungen es dazu gaebe.

eine aehnliche terminverzoegerung erfolge bei der errichtung des "heimes fuer betagte menschen sued", wo ebenfalls nicht einmal die vorgesehenen 5 millionen verbraucht wurden. weiteres angriffsziel krenns war das anstaltenamt, das durch verringerung von dienstposten und personal und auflassung unnoetiger betriebe viel rationeller gefuehrt werden koennte. vollkommen unwirtschaftlich seien die anstaltswaeschereien, mit einem waschpreis um 41 prozent ueber den privatwaeschereien. von einem gutachten fuer die errichtung einer privaten waescherei im sozialmedizinischen zentrum ost wisse man nicht, ob es auch beruecksichtigt werde. ausserdem muesse festgestellt werden, dass ambulatoriumsordnungen fehlen und die oeffnungszeiten mit den tatsaechlichen behandlungszeiten nicht uebereinstimmen. (ba)

1,8 milliarden s seien im vergangenen jahr fuer die betreuung aelterer mitbuenger ausgegeben worden, nur 1,2 milliarden s fuer kinder und jugendliche, erklaerte gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp). in wien gebe es derzeit 450.000 menschen ueber 60 jahre, dagegen nur 260.000 unter 15 jahre. die bevoelkerungsentwicklung sei rueckklaeufig. flemming brachte eine a n f r a g e im zusammenhang mit der fristenloesung ein. laut presse-meldungen werden in den beratungsstellen der gemeinde wien schon nach wenigen minuten abtreibungstermine vermittelt, werden in gemeindespitaelern ambulante abtreibungen vorgenommen. flemming stellte die frage, wie stadtrat stacher zu den spaetfolgen der abtreibung stehe, ob es richtig sei, dass die fruehgeburtenrate nach mehreren abtreibungen rapid zunehme, und ob er der meinung sei, dass eingriffe nur in oeffentlichen spitaelern durchgefuehrt werden sollen. die mehrheit der aerzteschaft lehne die fristenloesung ab.

flemming forderte, dass in zukunfft mehr als bisher mittel fuer die betreuung von kindern und jugendlichen - vor allem auch auf

psychischem gebiet - zur verfuegung gestellt werden. den kindern stehe in der stadt zuwenig spielraum zur verfuegung. besonders problematisch sei die situation fuer kinder in hochhaeusern. kinder seien in der stadt psychisch weit mehr gefaehrdet als kinder auf dem land. die jugendkriminalitaet sei in der grossfeldsiedlung und in der per albin hansson-siedlung hoeher als im wiener durchschnitt. (ger)

die eroeffnung von sechs neuen pensionistenklubs bezeichnete gr. gertrude h a e r t e l (oevp) als erfreulich, kritisierte jedoch, dass kirchliche und caritative organisationen fuer derartige klubs keine subventionen erhalten. man will offenbar den alten leuten keine wahlmoeglichkeit geben beziehungsweise befleissigt man sich, die wuensche der sektionsmitarbeiter zu erfuellen, ihre lokale auf den neuesten standard zu bringen. auch das ansuchen des "sozialen hilfswerk" auf mitarbeit beim besuchsdienst wird seit zweieinhalb jahren verschleppt. im gegensatz zu anderen laendern, ist man bei uns offenbar an der privaten hilfe nicht interessiert.

waehrend in salzburg und in klagenfurt verbilligte seniorenkarten zur benuetzung oeffentlicher verkehrsmittel bereits eingefuehrt wurden, wird in wien diese frage noch untersucht. die rednerin brachte daher den a n t r a g auf einfuehrung von seniorennetz-karten ein. ueberdies waere es wuensenswert, die gueltigkeit des pensionistenausweises auf eine ermaessigung beim baeder- und theaterbesuch auszuweiten.

gruenanlagen sind fuer alte menschen sehr wichtig. vor allem sollten bisher nicht zugaengliche gruenflaechen geoeffnet werden. in einem a n t r a g wird daher die oeffnung der gruenanlage beim maennerheim meldemannstrasse in der brigittenau verlangt.

das bereits sehr engmaschige netz der sozialen sicherheit ist fuer behinderte doch noch oft zu weitmaschig. bei unvorhergesehenen ausgaben erhalten behinderte mitunter keinen kredit. in einem a n t r a g wird die gemeinde wien aufgefordert, bei der schaffung eines fonds mitzuwirken, aus dem behinderte unverzinsliche darlehen erhalten koennen. schliesslich waere es wuensenswert, dass behinderte bei lebenswichtigen anschaffungen die mehrwertsteuer refundiert erhalten. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (9):

debatte gesundheit und soziales (forts)

16 wien, 28.6. (rk) derzeit gibt es 19.332 vormerkungen fuer einen platz in einem pensionistenheim, erklarte gr. eveline a n d r l i k (spoe). diese zahl ist exorbitant hoch, und es sollten zusaetzliche mittel fuer Neubauten zur verfuegung gestellt werden. andrlik hob die mitbestimmungsmodelle in den pensionistenheimen hervor. sie stellte den a n t r a g , es solle geprueft werden, in welcher form aeltere menschen in den oeffentlichen und privaten heimen bei der gestaltung des inneren betriebes durch gewaehlte vertreter mitwirken koennen.

das institut fuer ehe- und familientherapie wird sehr stark in anspruch genommen. der trend geht von der einzel- zur mehrfach-therapie. es waere daher, um groessere wartelisten zu verhindern, eine personelle ausweitung notwendig.

andrlik beleuchtete sehr ausfuehrlich die sozialen dienste fuer die aelteren mitbuenger. diese einrichtungen, vom heimhilfe-dienst bis zum besuchsdienst, sollen den aelteren mitbuergern helfen, so lange wie moeglich in ihrer gewoehnten umgebung zu bleiben. (sei)

stadtrat l e h n e r (oevp) wuerdigte die hervorragenden leistungen der rettung und krankenbefoerderung. bei der kritik an dieser einrichtung muesste das kontrollamt andere masstaebe anlegen, da die mangelnde auslastung in den nachtstunden durch die notwendigen reserven begruendet ist. Lehner brachte einen a n - t r a g auf vorlage eines gesamtkonzeptes fuer die krankenbefoerderung ein. besonders im sueden wiens sei der bau einer neuen rettungsstation notwendig. im zusammenhang mit dem anstaltenamt kritisiere das kontrollamt mit recht planungs- und koordinationsmaengel sowie die ausschreibungssituation.

die personalsituation erscheine nicht sehr transparent. obwohl bei der budgeterstellung gehaltserhoehungen und neuaufnahmen nicht beruecksichtigt worden seien, sei der personalaufwand um 150 millionen s zurueckgegangen. die aufklaerung, dass dies nur von den landeslehrern herruehre, sei nicht genuegend transparent.

Lehner erklarte, dass sich beim allgemeinen krankenhaus an-satz und gebuehr um fast 200 millionen s unterscheiden. die loesung in der frage der aerzteschwemme liege vor allem in der schaffung von mehr turnusplaetzen.

die mehrzahl der bediensteten in den anstalten leiste hervor-ragende arbeit, es gebe jedoch vereinzelte bedienstete, von denen man sich besser heute als morgen trennen sollte. eine aufwertung des krankenpflegeberufes sei nach wie vor notwendig.

Lehner kritisierte die interesselosigkeit des bundes am neubau des allgemeinen krankenhauses. bis heute sei nicht klar, wie und von wem das akh nach seiner fertigstellung gefuehrt werden soll. Lehner schlug vor, zumindest teile des alten akh als geriatriische abteilungen zu verwenden.

das floridsdorfer spital sei hervorragend, verfuege aber nicht ueber die kapazitaet fuer 250.000 menschen, die in diesem bereich wohnen. Lehner erhob die forderung auf ehebaldigen baubeginn fuer das krankenhaus ost.

bei der einrichtung des krankenhauses rudolfstiftung seien grobe fehler begangen worden. so sei zum beispiel die klimaanlage an manchen tagen so feucht, dass schimmelpilz auftritt. manche teure geraete seien zwar geliefert worden, faenden jedoch keine ver-wendung. die wartezeiten fuer einen operationstermin betraegen zwei bis vier wochen. (ger) (forts)

1639

gemeinderat (10):

debatte gesundheit und soziales (forts)

17 wien, 28.6. (rk) als 1973 das ressort gesundheit in das auf-gabengebiet der spoe fiel, gesundheit und soziales in eine ge-schaeftsgruppe zusammengelegt wurden und univ.-prof. s t a c h e r als amtsfuehrender stadtrat mit dem ressort betraut wurde, habe buergermeister gratz damit drei entscheidungen getroffen, deren richtigkeit bis zum heutigen zeitpunkt unwiderlegbar seien, stellte gr. franziska f a s t (spoe) fest.

zum ersten mal sei fuer das krankenhauswesen ein zielplan erstellt worden, zum ersten mal seien gesetzliche grundlagen fuer die reorganisierung der spitaeler geschaffen worden, erstmals wurde der versuch unternommen, die steigenden kosten des spitalwesens in den griff zu bekommen. das im jaenner 1977 vorgelegte gutachten des deutschen krankenhausinstitutes ueber das spitalwesen in wien habe im gemeinderat bei allen fraktionen zustimmung gefunden.

gr. fast verwies auf die zahlreichen einrichtungen, die seit 1973 neu geschaffen oder verbessert wurden. der aerztesfunkdienst wurde ausgebaut und stehe nun taeglich werktags ab 19 uhr zur verfuegung, die beratungsstellen fuer aerzteniederlassungen seien bereits von 80 aerzten in anspruch genommen worden, fuer den besuch von lehrpraxen gewaehre die stadt wien vier wochen bezahlten sonderurlaub die frage der gesundheitsvorsorge nehme heute einen besonderen schwerpunkt ein. aus der grossen liste der vorsorgeeinrichtungen sei ganz besonders der mutter-kindpass zu erwaehnen. durch rechtzeitige aufklaerung und untersuchungen sei die saeuglingssterblichkeit seit 1973 betraechtlich gesenkt worden. zur ueberpruefung der klimatisierung in krankenhaeusern habe stacher eine eigene kommission ins leben gerufen. um die vielfalt der meinungen zum gesundheitswesen in der bevoelkerung zu erfassen, werden laufend enqueten abgehalten.

gr. fast ging dann naeher auf einige widerspruechlichkeiten in oevp-aussagen, besonders zur fristenloesung ein. die oevp stimme dem schwangerschaftsabbruch unter den bedingungen: laengere beratungszeit, eingriff in oeffentlichen krankenhaeusern und indikationsloesung zu, sie entscheide sich also fuer kein klares ja oder nein, sondern betreibe sozusagen toetung mit "augenzwinkern". aus einer aufstellung des statistischen zentralamtes seien die aufwendungen fuer gesundheit und soziales ersichtlich. waehrend in wien fuer diesen bereich 11,63 prozent der gesamteinnahmen aufgewendet wurden, seien es in niederoesterreich, wo die oevp die mehrheit besitze nur 3,24 prozent. (ba)

zur beantwortung der frage einer oevp-sprecherin, warum die spoe im parlament zum volksbegehren der aktion leben nein gesagt habe, meldete sich nochmals gr. johanna d o h n a l (spoe) zu wort. sie entgegnete, dass die sozialisten alle von der aktion leben geforderten flankierenden begleitmassnahmen bereits erfuehlt haben. in einer frage aber gibt es eine grundsuetzlich andere auf-

fassung: die sozialisten lehnen die bestrafung der frauen ab, sie wollen helfen statt strafen.

wenn gesagt wird, dass mit schwangerschaftsabbruechen von gewissen instituten ein geschaeft gemacht wird, muss man fragen, wer daran schuld ist. gerade in oevp-laendern wird die schwangerschaftsunterbrechung in spitaelern verhindert. auf die gewissensfreiheit wurde im gesetz sehr geachtet. diese darf aber keine einbahn sein. viele aerzte waeren bereit, den frauen zu helfen, unterlassen es aber, weil sie repressalien befuerchten. wurden in frueheren jahren jaehrlich fuenf todesfaelle auf grund von schwangerschaftsabbruechen registriert, so gab es 1975 nur mehr einen solchen todesfall. der beweis ist damit erbracht, dass die frauen aus der illegalitaet gefuehrt worden sind.

zur behauptung, dass die gemeinde familien mit kindern delogiert, stellte die rednerin fest, dass in solchen faellen aeusserst sorgfaeltig von einer eigenen kommission geprueft und ueberdies fuer eine andere unterkunft gesorgt wird. kein privater hausherr tut dies. erst die kommunale wohnungspolitik habe ueberhaupt die grundlage fuer eine soziale familienpolitik in dieser stadt gelegt. von einem gestoerten verhaeltnis der sozialisten zur familie kann keine rede sein, weil gerade die sozialisten jede moegliche hilfe zur familiengruendung durchgesetzt haben. (smo) (forts)

1717

gemeinderat (11):

debatte gesundheit und soziales (schluss)

18 wien, 28.6. (rk) gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) erinnerte in einer zweiten wortmeldung, dass die pensionistenheime auf eine idee der oevp zurueckgehen. die pensionistenheime wurden ausschliesslich am stadtrand gebaut. dass jetzt versuche gemacht werden, auch in den inneren bezirken pensionistenheime zu errichten, ist ebenfalls ein erfolg der oevp-politik.

als er das ressort von einem oevp-stadtrat uebernahm, war die lage beim personal katastrophal, erklarte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe). damals gab es 1.800 wohnplaetze fuer

das pflegepersonal. seither wurden 528 neue plaetze fertiggestellt, 1.024 sind im bau und 200 in planung. diese plaetze werden dringend gebraucht, um vor allem schwestern aus den anderen bundeslaendern in wien eine unterkunft zu geben. die zahl des diplomierten pflegepersonals stieg in dieser zeit um rund 500, und auch bei den gehilfen gab es eine gleiche zunahme. nach wie vor hat man zu wenig personal, allerdings konnte in dieser kurzen zeit nichts mehr gemacht werden.

junge aerzte sind kaum bereit, praktische aerzte zu werden. gerade diese sparte aber wuerde man brauchen. so stehen 70 ausbildungsplaetze frei, weil junge aerzte die daran geknuepfte bedingung, spaeter praktische aerzte zu werden, nicht akzeptieren. es kann aber nicht davon abgegangen werden, wegen des grossen bedarfs an praktischen aerzten diese bedingung zu stellen.

das allgemeine krankenhaus werden die stadt wien und der bund fuehren, und zwar fuer den lehrbetrieb nach dem universitaetsorganisationsgesetz und im organisatorischen ablauf nach dem fuer wienner spitaeler eingerichteten richtlinien. wer das allgemeine krankenhaus personell fuehren wird, wird zur gegebenen zeit entschieden werden. im rudolfspital gibt es keine geraete, die derzeit im keller lagern. davon kann man sich jederzeit ueberzeugen.

in den spitaelern gibt es, wie ueberall auf der welt, wartezeiten fuer nicht wichtige operationen. es waere nicht sinnvoll, jemand, dem die mandeln herausgenommen werden sollen, immer sogleich zu operieren, wenn er ins spital kommt. dadurch entstueden spitzen, die mit dem grundsatz einer rationellen spitalsfuehrung nicht zu vereinbaren waeren. (sei)

stadtrat l e h n e r (oevp) erklarte in einer zweiten wortmeldung, dass einrichtungen wie aerztesfunkdienst, vorsorgeuntersuchung, krebsuntersuchung und schwangerenpass bereits unter oevpstadtraeten eingefuehrt worden seien. bereits 1964 habe buergermeister jonas den vorrang fuer das sozialmedizinische zentrum ost erklart, ein jahr spaeter habe jedoch der damalige finanzreferent slavik diese rangordnung geaendert. lehner betonte die mitarbeit der oevp im kuratorium wiener pensionistenheime. bei der beurteilung der privaten heime muesse man bedenken, dass diese ja die ausfallhaftung der stadt wien nicht in anspruch nehmen koennen. bei der zunehmenden zahl von orthopaedischen krankheiten seien die wartezeiten auf einen operationstermin qualvoll. (ger)

./.

da sich die spoe der probleme in den pflegeheimen bewusst ist, sei die pflegeheimkommission geschaffen worden, die manche schwierigkeiten vorbeugend verhindere, entgegnete gr. d i n h o f (spoe) auf die angriffe der opposition. ihm persoentlich seien keinerlei namen von personen bekannt, gegen die man disziplinaer vorgehen muesse. auf grund von allgemeinen verdaechtigungen koennen keine personellen konsequenzen gezogen werden.

das altersproblem habe in letzter zeit besondere beachtung gefunden, aber staendig vom alten menschen als ''problem'' zu sprechen, bedeute nahezu eine diskriminierung desselben. auch der sogenannte uebersiedlungsschock sollte nicht ueberbewertet werden, da einerseits der einzelne mensch fast taeglich unter der einwirkung irgendwelcher schocks stehe und es zum anderen viele alte menschen gaebe, die sich auf einen ruhigen lebensabend in einem pensionistenheim freuen. gr. dinhof gab seiner hoffnung ausdruck, dass trotz allen diskussionen eine gute und vernueftige weitere zusammenarbeit mit der opposition zu erzielen sei.

die beratungen werden um 17.12 uhr unterbrochen. morgen mittwoch, den 29. juni, um 9 uhr, setzt der gemeinderat die behandlung des rechnungsabschluss der bundeshauptstadt wien fuer das jahr 1976 mit den geschaeftsgruppen stadtplanung, kultur, jugend und bildung sowie personal und sport fort. nach einem schlusswort von finanzstadtrat hans m a y r erfolgt die abstimmung. im anschluss daran findet eine nichtoeffentliche sitzung des gemeinderates statt. (ba)
(schluss)